GRÜNE GRUENEBERN.CH

JOURNAL

Nr. 48, September 2018
www.gruenebern.ch

Seite 2
Kantonales Energiegesetz
Seite 3
Grüne Fraktion: jung & weiblich
Seite 6
Enough is enough!

JA ZUR FAIR-FOOD-INITIATIVE

FAIR SCHMECKT BESSER!

Die Fair-Food-Initiative, die am 23. September zur Abstimmung kommt, fördert die nachhaltige Landwirtschaft in der Schweiz und gibt dem Bund Instrumente in die Hand, um die Qualität von Lebensmittelimporten zu verbessern. Produkte aus fairem Handel und bäuerlichen Familienbetrieben sollen begünstigt werden.

Lebensmittel sollen im Einklang mit dem Tierwohl und der Umwelt und unter fairen Arbeitsbedingungen produziert werden, so will es die Initiative. Einerseits betrifft dies die im Inland hergestellten Lebensmittel, andererseits sollen aber auch eingeführte Lebensmittel diesen Anforderungen genügen. Trotz einer sehr intensiven landwirtschaftlichen Produktion muss die Schweiz als dichtbesiedeltes Alpenland nämlich rund die Hälfte des Lebensmittelangebots importieren. Diese Importe dürfen nicht unsere Gesetze untergraben.

Regional und saisonal

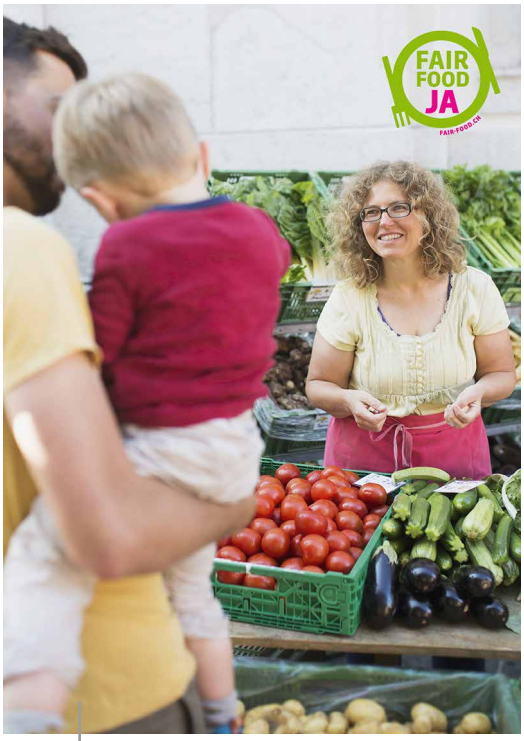
Zudem soll der Bund die schädlichen Auswirkungen des Transports und der Lagerung von Lebens- und Futtermitteln auf Umwelt und Klima reduzieren. Die Verarbeitung und Vermarktung von regionalen und saisonalen sowie naturnah produzierten Lebensmittel muss deshalb gefördert werden. Die Nähe zwischen Produktion und Konsum bedeutet auch weniger Lebensmittelverluste.

Ebenfalls zur Abstimmung kommt die Ernährungssouveränitäts-Initiative der Bauerngewerkschaft Uniterre. Deren Forderungen sind fast identisch, sie enthält aber noch weitere Punkte wie z.B. dass die Versorgung mit überwiegend einheimischen Lebensmitteln erfolgen muss, oder dass der Bund die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen erhöhen soll.

Gegenkampagne

Mit der falschen Behauptung «weniger Auswahl höhere Preise» bekämpft eine Gegenkampagne gleich beide Agrar-Initiativen. Falsch ist diese Behauptung, weil eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft, im Gegensatz zur industriellen Massenproduktion, die Vielfalt und Auswahl an Lebensmitteln vergrössert. Ein ressourcenschonender Umgang mit Lebens- und Futtermitteln ist längerfristig die einzige Lösung. Auf die Argumente der Gegenkampagne antworte ich darum: «Mehr Vielfalt, weniger Kosten. Ja zu gesunden und nachhaltig produzierten Lebensmitteln! Ja zur Fair-Food Initiative».

www.fair-food.ch



Regional statt eingeflogen: Ja zu «Fair-Food».

Kilian Baumann, Grossrat und Biobauer

INITIATIVE FAIR FOOD

L'initiative Fair Food veut favoriser les denrées alimentaires issues d'une agriculture respectueuse de l'environnement comme des animaux et produites dans des conditions équitables. Que ces aliments soient produits chez nous ou pas ne change rien, les mêmes conditions de travail et de production à l'étranger sont demandées. Cette initiative est une chance pour l'agriculture suisse, soumise à de plus en plus de pressions et de concurrence avec des produits agricoles importés bon marchés et produits dans des conditions douteuses. Une alimentation saine, de saison et produite dans le respect de l'homme et de la nature va dans le sens d'une politique agricole durable et ne doit pas être sacrifiés sur l'autel du libre échange.

Olivier Gerber, agriculteur Bio

KANTONALES ENERGIEGESETZ

EIN KLEINER SCHRITT RICHTUNG «PARIS»

Jan Remund, Co-Präsident Grüne Kanton Bern

Die Abstimmung über die Energiestrategie 2050 wurde letztes Jahr auch im Kanton Bern klar gewonnen. Damit ist die Energiewende aber weder abgeschlossen, noch ein Selbstläufer. Im Winter werden wir im Kanton Bern über die verschärften Energievorschriften im Gebäudebereich abstimmen. Ein Ja zum Gesetz ist Pflicht, wenn wir das 2-Grad-Ziel erreichen wollen.

Der Gebäudepark in der Schweiz ist für knapp die Hälfte des Energieverbrauchs verantwortlich. In der Schweiz sind die Kantone für diesen Bereich zuständig. 2014 wurden die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich – kurz MuKEn – verschärft. Sie stellen den kleinsten gemeinsamen Nenner der Kantone dar und basieren auf der Umsetzung der Energiestrategie 2050. Die Umsetzung der MuKEn 2014 gelang bislang in den Kantonen Basel-Stadt und Luzern.

Der Gebäudepark in der Schweiz ist für knapp die Hälfte des Energieverbrauchs verantwortlich.

Umsetzung im Kanton Bern

Der Berner Grosse Rat hat hart um einen Kompromiss gerungen. Das Gesetz wurde gegenüber den Mustervorschriften abgeschwächt, so besteht beispielsweise kein absolutes Ölheizungsverbot. Die Konsenslösung fand in der Schlussabstimmung eine deutliche Zustimmung (82 Ja zu 54 Nein). Trotzdem wurde vom Handels- und Industrieverein und vom Hauseigentümerverband das Referendum ergriffen. Die Abstimmung über das Energiegesetz wird wahrscheinlich im Februar 2019 stattfinden. Eine breite Allianz von BDP, Mitteparteien, SP und Grünen wird sich unter der Leitung von WWF und Neuer Energie Bern für das Gesetz einsetzen.

Die vier wichtigsten Neuerungen umfassen:

- Neubauten müssen einen Teil des Stroms, den sie benötigen, selbst erzeugen.
- Bei Gas- oder Ölheizungen in schlecht gedämmten Wohnbauten muss die Gebäudehülle verbessert werden oder erneuerbare Energie oder Biogas eingesetzt werden.
- In Neubauten sind Ölheizungen nur gestattet, wenn eine andere Lösung technisch unmöglich ist oder zu Mehrkosten führt.
- Gemeinden erhalten zusätzliche Möglichkeiten, um den Energieverbrauch zu senken: sie können den Mindestanteil für Erneuerbare erhöhen und 2000-W-Areale planen.

Das Gesetz wurde aber auch abgeschwächt gegenüber den Mustervorschriften, indem zum Beispiel auf die GEAK-Pflicht beim Hausverkauf verzichtet wurde.

Trotz der Abschwächungen bleibt die Revision des Gesetzes wichtig. Eine Ablehnung würde die Umsetzung der Pariser Klimaziele im Kanton Bern verhindern.

KANTONALE REFERENDEN

9726 GRÜNE UNTERSCHRIFTEN IN 90 TAGEN

Natalie Imboden, Co-Präsidentin Grüne Kanton Bern, Grossrätin

Gegen mehrere Entscheide des Kantonsparlaments sind erfolgreich Unterschriften gesammelt worden: rund 13 500 gegen Steuergeschenke für Grosskonzerne und rund 16 000 für den Volksvorschlag «Wirksame Sozialhilfe». Die Grünen haben mit 9726 Unterschriften einen grossen Sammeleffort geleistet. Auch das dritte Referendum, gegen das neue Polizeigesetz, ist erfreulicherweise zustande gekommen.

Die bürgerliche Parlamentsmehrheit im Kanton Bern hat jegliche Kompromissbereitschaft verloren und im März sowohl das Sozialhilfegesetz wie auch das Steuergesetz durchgepaukt. Mit dem Holzhammer soll der Grundbedarf von Sozialhilfebeziehenden zwischen 8-30% gekürzt werden. Das will der Volksvorschlag «Wirksame Sozialhilfe» verhindern: Er verlangt zusätzlich wirksame Verbesserungen für ältere Menschen, die den Job verlieren, und mehr Unterstützung für die Ausbildung. Über das Sozialhilfegesetz und den Volksvorschlag wird die Stimmbevölkerung nächstes Jahr entscheiden.

Weiteren Leistungsabbau verhindern!

Bereits am 25. November 2018 wird über das Steuergesetz abgestimmt. Es geht um viel, nämlich um Steuergeschenke im Umfang von 150 Millionen Franken an Grosskonzerne. Die Zeche zahlen die Bevölkerung, die KMU und insbesondere auch die Gemeinden. Die Bevölkerung leidet bereits heute unter dem kantonalen Leistungsabbau; so kostet beispielsweise die SPITEX-Pflege im Monat neu 500 Franken mehr. Besonders betroffen sind die Gemeinden, und zwar sowohl auf dem Land wie in den Städten. Frutigen oder Lauterbrunnen verlieren jährlich je rund 260 000 Steuereinnahmen. In der Industriestadt Biel halbieren sich gar die Einnahmen bei den Unternehmenssteuern. Als Folge drohen ein weiterer, drastischer Leistungsabbau oder Steuererhöhungen für natürliche Personen. Gegen diese unfaire Entlastung der Grosskonzerne auf Kosten der Bevölkerung wehren wir uns. Die Chancen für ein Nein stehen gut, denn bereits 2017 hat die Berner Stimmbevölkerung gegen einen ähnlichen «Steuerbschiss» (Unternehmenssteuerrefom III) mit 68.4 % Nein gesagt.

INTERVIEW MIT ALINE TREDE

GRÜNE FRAKTION: JUNG & WEIBLICH

Aline Trede (1983) ist seit Ende Mai wieder im Nationalrat. Sie ist Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK), der sie bereits 2013 bis 2015 angehört hatte. Die Umweltnaturwissenschafterin ETH ist Inhaberin einer Firma für Kampagnenarbeit («Kampagnerei – die #Projektfabrik»). Aline Trede ist seit 2015 als Vorstandsmitglied bei Pro Velo Schweiz aktiv. Sie ist seit 2017 Vorstandsmitglied von grundrechte.ch und seit 2018 im Vorstand der NGO «Digitale Gesellschaft».

Die Grüne Fraktion ist mit dir die jüngste und weiblichste Fraktion. Was hat sich (sonst) verändert im Bundeshaus?
Die Mehrheiten sind anders. SVP und FDP zusammen haben die Mehrheit, da sind Kompromisslösungen nur möglich, wenn diese Parteien nicht geschlossen stimmen. Das erschwert die Arbeit, macht sie aber auch spannend. Die SVP ist unglaublich gross, anzahlmässig, aber sie stehen mit dem Rücken zur Wand, da ihre Angst-Themen nicht mehr funktionieren. Ihr Ton ist sehr gehässig momentan.

Grüne Frauenpower im Nationalrat.

Was war das Highlight der Junisession?
Die Annahme der Weiterfinanzierung von Kitaplätzen war mit 103 Stimmen äusserst knapp. Und natürlich die Aktienrechtsrevision, dass wir einen Gegenvorschlag zur Konzerninitiative haben und der Richtwert für Frauen in Chefetagen von börsenkotierten Unternehmen – mit einer Stimme Unterschied wurde dieser Richtwert ins Aktienrecht aufgenommen.

Wo liegen deine politischen Schwerpunkte?
Ich werde mich in der Umweltpolitik weiterhin stark engagieren, beispielsweise kommt der Bundesbeschluss Velo diesen September vors Volk. Thema sind auch die AKW, die jetzt vom Netz müssen, aber das Geld für den Rückbau fehlt. Da müssen wir Grüne schauen, dass nicht alles auf die Steuerzahlenden abgewälzt wird. Grundrechte im digitalen Raum werden mich auch sehr beschäftigen, da steht vieles an, und natürlich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und Politik – da bin ich mittendrin.

Du vertrittst die Grünen in der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur. Welche Themen stehen dort an?
Das Gleichstellungsgesetz und die Initiative für einen vierwöchigen Vaterschaftsurlaub werden dort die nächsten wichtigen Vorlagen sein. Aber auch die ganze Thematik zum Insektensterben müssen wir Grünen vermehrt auf die Agenda bringen.

Interview: Natalie Imboden

« SE BATTRE POUR VIVRE »

C'est par hasard que je me suis investi dans l'accueil des requérants d'asile. En 2015, la commune de Tramelan ouvre un abri PC pour 100 jeunes hommes. Avec le centre d'accueil déjà existant, le village compte alors 300 requérants, représentant 8% de la population. Un jour d'hiver, ma visite dans ce monde souterrain est un choc. Comment peut-on laisser des jeunes dans ces sous-sols ? Je suis confronté pour la première fois à la réalité de la migration. Je loue la halle de gymnastique et les invite à y jouer du foot. Petit à petit avec l'aide des gens du village, des activités sont organisées. Des liens forts s'établissent avec beaucoup de joie et d'énergie. L'abri est aujourd'hui fermé. Les jeunes sont éparpillés dans tout le canton de Berne, en Suisse ou en Europe. J'ai gardé des contacts avec plusieurs et je suis leurs parcours par messages interposés. Les nuits dans les gares à Paris, les camps illégaux en Belgique ou à Calais. Je découvre bien malgré moi les lois et les jeux politiques qui occupent les autorités. J'aide parfois l'un d'eux à faire recours contre une décision de renvoi. Je cherche des solutions pour créer des liens avec les habitants du village, pour des places d'apprentissage, pour des appartements. J'écoute les cris, les sanglots, les douleurs de guerres lointaines, les déchirements familiaux, la solitude, les séparations, les situations d'impuissance, le choc des cultures. Je découvre la dureté de la situation des migrants. La réalité, leur réalité est à des années lumières de toutes les politiques migratoires. Ils se battent pour vivre. Pour répondre à cela, le cadre légal semble parfois dérisoire. Alors seule compte l'humanité.

Mathieu Chaignat, Président Les Verts Jura Bernois

ZERSIEDELUNGSINITIATIVE

ENGAGIERT IN DEN ABSTIMMUNGSKAMPF

David Müller, Vorstand Junge Grüne Kanton Bern

Die Zersiedelung der Schweiz schreitet ungebremst fort. Mit der Abstimmung anfangs 2019 haben wir die Möglichkeit, dies zu ändern. Bis dahin braucht es grossen Einsatz.

Täglich wird in der Schweiz eine Grünfläche in der Grösse von acht Fussballfeldern überbaut. Mit der ungebremsten Zersiedelung gehen Natur und Landschaft verloren. Die Landwirtschaft hat immer weniger Kulturland, Naherholungsgebiete für die Bevölkerung verschwinden und die Artenvielfalt nimmt ab. Die Zersiedelungsinitiative ermöglicht einen massvollen und haushälterischen Umgang mit dem Boden.

Die wichtigsten Argumente

Die Initiative ist die dringend notwendige Ergänzung zum aktuellen Raumplanungsgesetz. Dieses sieht weiterhin ein kontinuierliches Wachstum des Siedlungsgebiets auf Kosten der Grünflächen vor: Je schneller der Boden überbaut wird, desto schneller wird neues Bauland eingezont. Die Zersiedelungsinitiative vervollständigt das Gesetz, indem es die bestehenden Massnahmen mit einem wirksamen Landschaftsschutz ergänzt.

Damit eine regionale Nahrungsmittelproduktion möglich bleibt, muss das Kulturland erhalten und vor der weiteren Zersiedelung geschützt werden. Denn ist ein Boden einmal überbaut, ist er für die Landwirtschaft für immer verloren.

Moderate Siedlungsentwicklung

Die Initiative sorgt dafür, dass die Bauzonen insgesamt nicht mehr weiter anwachsen. Dafür können die bestehenden Baureserven besser genutzt werden. Mit einer moderaten Siedlungsentwicklung nach innen bleiben die Grünflächen für die zukünftigen Generationen erhalten. Die vorhandenen Reserven sind so gross, dass auch in Zukunft genügend Wohnraum für alle vorhanden ist. Mit der Förderung nachhaltiger Quartiere wird für eine hohe Lebensqualität gesorgt.

Bauen ist also auch in Zukunft möglich, es sollen dafür aber nicht weiterhin unbegrenzt Grünflächen geopfert werden. Ausserhalb der Bauzonen sollen standortgebundene Bauten gebaut werden dürfen, die im öffentlichen Interesse sind oder für die bodenabhängige Landwirtschaft benötigt werden. Diese massvolle Regelung verhindert, dass die Zersiedelung ausserhalb der Bauzonen weitergeht.

Diverse Gründe sprechen für die Zersiedelungsinitiative, machen wir sie bekannt! Interessierte können sich gerne bei mir melden (info@junge-gruenebern.ch), auch das Lokalkomitee freut sich über jede Unterstützung.

Täglich wird in der Schweiz eine Grünfläche in der Grösse von acht Fussballfeldern überbaut.

TSCHOU ZÄMÄ, S'HET GFÄGT!

Salim Staubli, Co-Präsident Junge Grüne Kanton Bern

Nach etwas mehr als zwei Jahren werde ich per Ende August von meinem Amt als Co-Präsident der Jungen Grünen Kanton Bern zurücktreten.

Ein Schritt, der mir nicht ganz einfach fällt. Denn die Zeit im Co-Präsidium und auch all die Jahre davor bei den Jungen Grünen haben mir unglaublich viel Spass gemacht. Es war toll mitanzusehen, wie wir uns gemeinsam weiterentwickelt haben und die Politik der Jungen Grünen unter die Leute brachten; egal ob mit fleißigem Unterschriftensammeln, mit frechen Aktionen oder mit tollen Wahlerfolgen. Bei den Jungen Grünen Kanton Bern war und ist immer etwas los!

Innerhalb von kürzester Zeit haben sie sich zu einer festen Grösse auf dem politischen Parkett der Schweiz etabliert. Und das alles auf Basis von unglaublich viel freiwilligem Engagement und vielen tollen Menschen. Gerade im Hinblick auf die kommenden Nationalratswahlen haben die Jungen Grünen Kanton Bern die besten Voraussetzungen also bereits geschaffen, um noch einmal eins drauf zu setzten! Ich bin gespannt und sage: «Tschou zämä, s'het gfägt!»

GEMEINDEWAHLEN IN SEEDORF

WAHLZIEL: GRÜNER GEMEINDEPRÄSIDENT

Die Grünen Seedorf gehen gemeinsam mit der SP und Parteilosen in die Gemeinderatswahlen vom 4. November 2018. Mit der Liste «bunter als rot – grün» streben sie einen 2. Sitz im Gemeinderat an. Für das freiwerdende Gemeindepräsidium kandidiert Ueli Hügli.

Die KandidatInnen v.l.n.r. Sina Känel, Remo Stämpfli, Ueli Hügli, Veronique Bodmer, Fiona Balli.

Zum ersten Mal seit 12 Jahren gibt es in Seedorf wieder eine echte Wahl um das Gemeindepräsidium. Ueli Hügli, der einzige nicht-bürgerliche Gemeinderat von Seedorf, stellt sich für das Amt zur Verfügung. Er konnte in seinem Ressort in den vergangenen sechs Jahren viel erreichen: Als Vizepräsident des regionalen Sozialdienstes Schüpfen prägte er dessen Weiterentwicklung aktiv mit. Dank der unter seiner Leitung erarbeiteten kommunalen Leitbilder für die Jugend und das Alter arbeiten die IG Jugend und das Altersforum Seedorf mit ihm zusammen zielstrebig an deren Umsetzung. Auch dank Ueli Hüglis Beharrlichkeit wird zudem im Sommer 2018 die erste Kita mitten im Dorfzentrum von Seedorf eröffnet werden können. Als Gründungsmitglied prägte er massgeblich die Arbeit der von den Grünen Seedorf initiierten Fachgruppe Energie. Seedorf wurde so zu einer Vorzeigegemeinde im Bereich der erneuerbaren Energie.

Schwerpunkt Mobilität

Mit einem zweiten Sitz im Gemeinderat könnten noch vermehrt soziale und ökologische Anliegen in Seedorf verwirklicht werden. Ein Schwerpunkt von «bunter als rot – grün» im Wahljahr ist das Thema «Mobilität». So fehlt in der Gemeinde Seedorf beispielsweise bis heute eine Moonliner-Verbindung. Am 25. August 2018 fand in Lobsigen zum Thema Mobilität ein Aktionstag statt. Zukunftsweisende, zwei- und vierrädrige Fahrzeuge konnten besichtigt und teilweise ausprobiert werden.

Starke Liste

Ueli Hügli (Seedorf) und Sina Känel (Seedorf) – aktives Mitglied der Bildungskommission sowie Kirchgemeinderätin – treten als Spitzenkandidaten der Gemeinderatsliste auf. Mit Remo Stämpfli (Baggwil) und Fiona Balli (Lobsigen) sind weiter zwei junge, politisch engagierte Personen nominiert. Véronique Bodmer (Seedorf), Vorstandsmitglied des Elternforums Seedorf und dessen Vertreterin in der Bildungskommission, vervollständigt die Liste «bunter als rot – grün».

Christoph Waber, Präsident Grüne Seeland

ORTSPLANUNG KÖNIZ

KÖNIZ ENTWICKELT SICH GRÜN

Nach einer langen Planungsphase stimmen wir in Köniz am 23. September 2018 über die Ortsplanungsrevision (OPR) ab. Die OPR ist eines der wichtigsten kommunalen Steuerungsinstrumente, um die künftige Gestaltung und Entwicklung der Gemeinde zu steuern.

Die Vorlage der Volksabstimmung umfasst die baurechtliche Grundordnung bestehend aus dem Baureglement, dem Nutzungsplan, dem Schutzplan und dem Baulinienplan. In der baurechtlichen Grundordnung werden die Ziele und Strategien der Richtplanung grundeigentümerverbindlich umgesetzt.

Haushälterische Bodennutzung

Mit der OPR werden die Ziele des Raumplanungsgesetzes (RPG) auf kommunaler Stufe umgesetzt, namentlich der haushälterische Umgang mit dem Boden und die Siedlungsentwicklung nach innen. Dank dem 2008 vom Parlament definierten «Bauzonenmoratorium» ist die Bauzonenbilanz der OPR ausgeglichen, d.h. in Köniz gibt es nicht mehr Land in der Bauzone als vor der OPR. Neueinzonungen wurden durch Auszonungen von gleicher Fläche an schlechter erschlossenen Lagen kompensiert, also nach dem gleichen Mechanismus, wie ihn auch die Zersiedelungsinitiative der Jungen Grünen vorsieht.

Innenentwicklung statt Zersiedelung

Mit der OPR wird die Innenentwicklung klar gefördert, mit Massnahmen und Instrumenten wie zum Beispiel den Innenentwicklungsgebieten, den Bereichen für geschlossene Bauweise oder der Liberalisierung der Attikaregelung. Wir von der Grünen Fraktion sehen grosse Vorteile in der Innenentwicklung, sofern die Entwicklung auch dem Quartier einen Mehrwert bringt. Wo verdichtet wird, sollen die öffentlichen Räume und Infrastrukturen aufgewertet werden. Aus unserer Sicht ist die Siedlungsentwicklung nach innen eine zentrale Aufgabe der Gemeinde, die wir nicht den grossen Immobilienunternehmen überlassen wollen. Nach der Annahme der OPR wird es die Herausforderung sein, gemeinsam mit den Bauherrschaften die innere Entwicklung voranzutreiben.

Entwicklungspotential und Landschaftsschutz

Die Anträge der Grünen zu den Themen Zwischennutzungen und Siedlungsränder fanden im Parlament leider kein Gehör. Nichtdestotrotz stehen wir überzeugt hinter der nun vorliegen-den OPR. Dank der klaren Trennung von Siedlungsgebiet und Kulturlandschaft bleibt Köniz grün und kann sich dennoch entwickeln.

Elena Ackermann, Parlament Köniz, Junge Grüne

KUNDGEBUNG FÜR LOHNGLEICHHEIT

ENOUGH IS ENOUGH!

Lohnungleichheit, Sexismus, Diskriminierung – es reicht! Wir wollen Taten sehen. Deshalb gehen Frauen und Männer am 22. September nach Bern, um für Lohngleichheit und gegen Sexismus und Diskriminierung zu demonstrieren. Denn Gleichstellung und gleiche Löhne gehen uns alle an.

Frauen sind in Politik und Führungsgremien der Wirtschaft untervertreten und verdienen für gleichwertige Arbeit im Schnitt monatlich 600 Franken weniger als Männer. Massnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen stossen trotzdem immer noch auf Widerstand. Doch Diskriminierung löst sich nicht in Luft auf, indem man sie leugnet. Die Hinhaltetaktik der Politiker und die Ausreden der Arbeitgeber müssen durchbrochen werden.

Anfang Januar hat der Ständerat entschieden, auf die Lohngleichheitsdebatte einzutreten. Zwischenzeitlich hat der Nationalrat das Gleichstellungsgesetz mit minimalen Verbesserungen endlich gutgeheissen, die Frauenquote wurde knapp angenommen. Demnach soll der Anteil der Frauen in Verwaltungsräten von grossen börsenkotierten Aktiengesellschaften mindestens 30 Prozent betragen. Für Geschäftsleitungen gilt eine Schwelle von 20 Prozent. Betroffen sind rund 200 Unternehmen, die mehr als 250 Mitarbeiter beschäftigen. Sanktionen sind keine vorgesehen, man hofft auf die Freiwilligkeit und nimmt in Kauf, dass nochmals viele Jahre ins Land ziehen, bis das Ziel erreicht wird.

Brigitte Hilty Haller, Präsidentin GFL

Stéphanie Penher, Präsidentin GB

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Wenn es um die Rechte der Frauen geht, dauert es in der Schweiz besonders lange. Fast 100 Jahre haben wir auf das Frauenstimmrecht gewartet, 60 Jahre auf die Mutterschaftsversicherung, und wie lange noch auf die Lohngleichheit? Enough is Enough!

Island hat im Jahre 2017 ein Gesetz verabschiedet, das Lohndiskriminierung verbietet und Unternehmen mit mindestens 25 Angestellten verpflichtet, in einem umfassenden Iso-Zertifizierungsprozess nachzuweisen, dass sie die Lohngleichheit einhalten. Wer sich nicht daran hält, soll sanktioniert werden. Warum soll dies in der Schweiz nicht machbar sein?

Aktionsplan Gleichstellung

Die Frauenquote ist aber nur ein Puzzle-Teil. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf braucht es ein grundlegendes Umdenken in der Gesellschaft: Teilzeitstellen auch im Kader, Vaterschaftsurlaub, genügend Kinderbetreuungsplätze, Tages- und Ganztagesschulen... es sind viele kleine Puzzle-Teile, die dazu führen, dass Frauen nach einem Mutterschaftsurlaub in den Beruf zurückkehren.

Wo Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder die Möglichkeit, Teilzeit zu arbeiten, fehlen, greifen Familien eher zum alt-klassischen Modell von Er 100% / Sie 0-20%. Verdient die Frau dann noch entsprechend weniger als ihr Mann, «lohnt» sich der Aufwand gar nicht erst. Steigt die Frau nach ein paar Jahren Pause dann wieder ins Erwerbsleben ein, fehlen ihr wichtige Beitragsjahre, die im Rentenalter oder bei einer Scheidung bös zu Buche schlagen.

Die Stadt Bern hat sich in ihrem Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern zum Ziel gesetzt, bis 2020 ein Drittel aller Kaderstellen mit Frauen zu besetzen. Aktuell ist der Stand bei 29,5%. Im städtischen Parlament sitzen mit 51% erstmals mehr Frauen. Im nationalen Vergleich der Parlamente der sechs grössten Städte, ist Bern gar an der Spitze. Dies freut und macht Mut.

Nationale Kundgebung für Lohngleichheit am Samstag 22. September, 13.30 Uhr auf der Schützenmatte #enough18

UMA-KREDIT

ENGAGEMENT FÜR KINDESSCHUTZ NÖTIG

Der Grosse Rat hat entschieden, dass unbegleitete minderjährige Asylsuchende im Kanton Bern künftig eine altersgerechte Unterbringung und Betreuung erhalten sollen. Da die SVP das Referendum ergriffen hat, entscheidet das Stimmvolk am 25. November 2018 über den Kredit.

Eine angemessene Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ist notwendig und eine wichtige Voraussetzung für die Integration. Aus diesem Grund hat sich der Kanton Bern dafür entschieden, minderjährige Flüchtlinge nicht in Kollektivunterkünften (häufig Zivilschutzanlagen) sondern in geeigneten Institutionen unterzubringen. Neben Platzierungen in Pflegefamilien werden die meisten jugendlichen Asylsuchenden im Zentrum Bäregg betreut. Der Bund zahlt dem Kanton jährlich 181 Millionen Franken, was aber bei weitem nicht ausreicht. So braucht es einen zusätzlichen Kredit für 2018-2020. Da gegen den letzten Kredit ein Referendum der SVP eine knappe Mehrheit fand, hat der Grosse Rat eine reduzierte Kreditvorlage gesprochen. Der Entscheid fiel mit 100 JA-Stimmen deutlich - gegen 47 Stimmen der SVP und EDU.

Wie bereits 2017 hat sich ein überparteiliches Komitee, bestehend aus Grünen, BDP, EVP, FDP, GLP und SP gegründet.

Breite politische Allianz

Konkret werden im Kanton Bern 370 Kinder und Jugendliche betreut. Die reduzierte Vorlage sieht eine Senkung der Brutto-Tagespauschale von bisher 171 auf neu 140 Franken im Tag vor (-13%). Zudem wurde für 17-Jährige die Pauschale auf 80 Franken gesenkt, da Jugendliche in stabilem Zustand trotz ihrer Minderjährigkeit zusammen mit Erwachsenen untergebracht werden. Dies ist ein heikler Punkt, der genau beobachtet werden muss.

Die Grünen setzen sich dafür ein, dass der Kredit von 100 Millionen für die altersgerechte Unterbringung angenommen wird. Dies ist in der Praxis eine taugliche Lösung, aber sicher keine Luxuslösung. Es wird aber das Engagement aller politischen Kräfte und der Zivilgesellschaft für ein JA brauchen. Wer sich engagieren möchte, meldet sich bei: sekretariat@gruenebern.ch

Madeleine Graf, Schulleiterin, Grossrätin

AGENDA

04.09.2018 Podium «Fair-Food – gerechtes Essen für alle»? 18:15 Uhr, Universität Bern, Gertrud-Woker-Strasse 5 (Uni Muesmatt), 3012 Bern. Kontroverse Debatte über die Chancen und Herausforderungen der Fair-Food-Initiative. U.a. mit Maya Graf, Nationalrätin Grüne, und Markus Ritter, Präsident Schweizer Bauernverband. Mit anschliessendem Apéro. Anmeldung unter: www.swissaid.ch/de/anmeldung-2018

07.09.2018 Feierabend-Apéro 17 bis 20 Uhr, Markthalle, 3603 Uetendorf. Die Grünen Uetendorf setzen die Fair-Food-Initiative um und laden alle herzlich zum Geniessen ein. Finger-Food und Apéro mit umweltfreundlich und fair produzierten Lebensmitteln.

08.09.2018 Sommerfest GFL Münchenbuchsee ab 17.00 Uhr, Aula des Paul Klee-Schulhaus, Oberdorfstrasse 22, 3053 Münchenbuchsee. Verpflegung aus dem Food-Truck, Getränke vorhanden. Anmeldung bis 1. September an stucki.peter@sunrise.ch

08.09.2018 Ämmitaler Biomärit 9 bis 17 Uhr, Mauerhoferhaus, 3555 Trubschachen. Für den Gaumen, das Gemüt und das Gehirn. Grossrat Kilian Baumann spricht zur Fair Food- und zur Ernährungs-Souveränitäts-Initiative. www.ämmitalerbiomärit.ch

13.09.2018 Soll Ostermundigen ein Teil der Stadt Bern werden? 19:30 Uhr, Tell-Saal Ostermundigen. Regula Rytz, Co-Präsidentin des Vereins Bern NEU gründen und Präsidentin der Grünen Schweiz, spricht zum Thema «Fusion Bern – Ostermundigen?». Anschliessend Podiums- und Publikumsdiskussion.

17.09.2018 Podium «Schmeckt fair besser?» Ab 18 Uhr, KULINATA-Zelt, Waisenhausplatz, 3011 Bern. Suppe gegen Foodwaste ab 18 Uhr, Podium ab 19 Uhr. Unter andrem mit Christine Badertscher (SWISSAID) und Martin Schläpfer (Direktor Wirtschaftspolitik Migros-Genossenschafts-Bund).

22.09.2018 #ENOUGH18 Nationale Kundgebung für Lohngleichheit und gegen Diskriminierung. 13:30 bis 17:00 Uhr, Besammlung auf der Schützenmatte, anschliessend Umzug zur grossen Kundgebung auf dem Bundesplatz.

Alle Veranstaltungen unter www.gruenebern.ch/events

ABSTIMMUNGEN VOM 23. SEPTEMBER

BUNDESBESCHLUSS VELO: JA GERNE!

Aline Trede, Nationalrätin Grüne

2016 wurde die Veloinitiative von einem breiten Komitee verschiedener Umwelt-, Sport- und Gesundheitsorganisationen und Parteien eingereicht. Die Initiative hatte zum Ziel, den bestehenden Verfassungsartikel zur Förderung der Fuss- und Wanderwege mit Bestimmungen über die Velowege zu ergänzen. Am 23. September kommt nun der direkte Gegenvorschlag zur Abstimmung.

Sowohl dem Bundesrat als auch dem Parlament ging die Velo-Initiative zu weit, sie greife zu stark in die Kompetenz der Kantone ein und wolle diese zur Förderung verpflichten. Der direkte Gegenvorschlag gibt nun dem Bund die Möglichkeit, Velowege zu unterstützen.

In Art. 88 der Bundesverfassung sind die Fuss- und Wanderwege schon lange verankert. Das hat sich sehr bewährt. Nun sollen die Velowege endlich gleichbehandelt werden. Das ist gut für die Sicherheit unserer Kinder auf dem Weg zur Schule, gut für Sportlerinnen und Sportler, den Tourismus auf Strassen und Wegen und gut für das Velofahren im Alltag.

Das Velo ist – zumindest im urbanen Raum und den Agglomerationen – das Fahrzeug der Zukunft. Es ist umweltfreundlich, gesund, schnell, platzsparend und leise. Somit ist es an der Zeit, dass es 200 Jahre nach seiner Erfindung einen Platz in der Bundesverfassung bekommt und somit die Sicherheit auf den Strassen für alle Verkehrsteilnehmenden verbessert werden kann.

Ja zum Bundesbeschluss Velo am 23. September.

MASSNAHMEN GEGEN PLASTIKMÜLL

MEHRWEGGESCHIRR SOLL PFLICHT WERDEN

Anna-Magdalena Linder, Grossrätin Grüne

Mit Mehrweggeschirr lassen sich an Grossveranstaltungen die Abfallberge massiv reduzieren. Die EU plant deshalb ein Verbot von Plastikbesteck und -geschirr. Leider will der Bundesrat von einem Plastikverbot in der Schweiz nichts wissen. Erfreulicherweise unterstützt nun die Berner Regierung einen Vorstoss der Grünen Fraktion für ein Mehrweggeschirr-Obligatorium.

Es ist Sommerzeit und zahlreiche Grossveranstaltungen locken im ganzen Kanton Bern hunderte von Besuchern an. Wo Menschen feiern, wird gegessen und getrunken, wodurch oft grosse Abfallberge entstehen. In den letzten Jahren haben sich bereits viele Grossveranstalter auf freiwilliger Basis zum Mehrweggeschirrkonzept bekannt und tragen so zu einer massiven Verminderung des Abfalls bei. Leider verzichten aber immer noch viele Veranstalter von Grossanlässen auf den Einsatz von Mehrweggeschirr, obschon bereits diverse Städte im Kanton Bern das Mehrweggeschirr-Konzept an Grossveranstaltungen erfolgreich eingeführt haben.

Grüner Erfolg

Mehrweg- ist umweltfreundlicher als Einweggeschirr und schont die natürlichen Ressourcen.

Grüner Erfolg: Weniger Plastikmüll dank Mehrweggeschirr-Obligatorium.

Die für eine Mehrweggeschirr-Pflicht nötige Anpassung des Gastgewerbegesetzes hat die Grüne Fraktion im Grossen Rat gefordert. Aufgrund fehlender Mehrheiten wurde die Motion zwar zurückgezogen, der Regierungsrat hat aber erfreulicherweise angekündigt, er sei bereit, die Forderung in der Gastgewerbeverordnung umzusetzen.

PAROLEN

Der Vorstand der Grünen Kanton Bern empfiehlt folgende Parolen für die Abstimmungen vom 23. September (siehe www.gruenebern.ch für mehr Informationen und den Beschluss der Delegiertenversammlung):

National

- **Volksinitiative «Für gesunde sowie umweltfreundlich und fair hergestellte Lebensmittel (Fair-Food-Initiative)» – JA**
- **Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege (Velo-Initiative)» – JA**
- **Volksinitiative «Für Ernährungssouveränität. Die Landwirtschaft betrifft uns alle» – JA**

Kantonal

Es finden keine kantonalen Abstimmungen statt.

Impressum: Grüne Kanton Bern, Monbijoustrasse 61, 3007 Bern, sekretariat@gruenebern.ch, Tel. 031 311 87 01, PC-Konto: 60-791966-7. Erscheint vier Mal jährlich für Mitglieder und Sympathisierende der Grünen Kanton Bern. Gestaltung www.muellerluetolf.ch. Grüne Portraitfotos: Fabian Lütolf. Fotos und Illustrationen: S. 1: Grüne Schweiz, S. 2: Pixabay, S. 3: PPR / Manuel Lopez S. 4: Cyrill Bolliger, S. 5: Christoph Waber, S.6: Schweizerischer Gewerkschaftsbund, S. 7: Grüne Kanton Bern, S. 8 oben: Pro Velo Schweiz, S.8 unten: Pixabay, Druck: Bubenberg Druck, Bern. Auflage: 7900.